

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Zwei Stützen des Inlandressorts

Markus Hofmann und Michael Schoenenberger ziehen weiter

rz. · Der mannigfach bedrohte Planet Erde erfordere ein Umdenken in den Köpfen der Menschen. Mit diesem mahnenden Appell hat Markus Hofmann (hof.) zu Weihnachten seine journalistische Tätigkeit bei der NZZ beendet. Zu seinen bevorzugten Themen gehörten Umweltfragen. Im Dezember berichtete er über den jüngsten Klimagipfel und das in Paris erzielte Abkommen, das Hoffnungen nährt.

1999 stiess Markus Hofmann zur NZZ, wo er ein Volontariat absolvierte und anschliessend Assistent des damaligen Chefredaktors Hugo Büttler wurde. Zwei Jahre später wechselte der promovierte Jurist ins Inlandressort. Dort befasste er sich namentlich mit Biotechnologie, Datenschutz, Landwirtschaft, Sozialpolitik, Rechtsfragen und ethischen Themen. Als passionierter Grenzgänger zwischen Wissenschaft und Politik zeichnete er in den nuller Jahren für die Beilage «Zeitfragen» verantwortlich. Dass ihm Umweltthemen ein Herzensanliegen waren, machte er nicht nur in vielen Analysen und Leitartikeln, sondern auch in seinem Blog «Experiment Erde» nachhaltig deutlich.

Nach 16-jähriger Zeit als schreibender Redaktor sucht Markus Hofmann eine neue Herausforderung. Vor seinem Eintritt in die NZZ hatte er bei Radio DRS ein Praktikum absolviert. Dorthin kehrt er jetzt zurück, um im «Echo der Zeit» seine fachkundige Stimme zu den mannigfachen Herausforderungen von Mensch und Natur zu erheben.

Auch Michael Schoenenberger zieht weiter. Er hat sich entschieden, nach 15-jährigem journalistischem Wirken in die Kommunikationsbranche zu wechseln. Der Genannte war nach Abschluss seines Phil.-I-Studiums zunächst als Inlandredaktor bei der «Zürichsee-Zeitung» tätig, bevor er ab 2006 als Geschäftsführer und Redaktionsleiter für den überregionalen Mantelteil der «Zürcher Landzeitung» verantwortlich zeichnete. 2010 wechselte er ins Inlandressort der NZZ. Hier arbeitete er sich rasch in das komplexe Dossier der Sozialversicherungen ein, zudem war er für Bildungsthemen und parteipolitische Fragen zuständig. Kennzeichnend für Michael Schoenenbergers Journalismus war sein ausgeprägtes Sensorium für politische Prozesse. Sein sicheres Urteilsvermögen aus liberaler Warte bewies er letztmals im Leitartikel «Die Mär vom Bürgerblock».

Mit Markus Hofmann und Michael Schoenenberger verabschieden sich zwei Kollegen aus unserem Redaktionsteam, die zu den Stützen des Inlandressorts gehört haben. Wenngleich wir sie ungern ziehen lassen, wünschen wir ihnen herzlich Erfolg und Zufriedenheit an ihren neuen Wirkungsstätten.

IN KÜRZE

Parmelin holt TV-Journalisten

(sda) · Der neue Bundesrat Guy Parmelin hat den 50-jährigen TV-Journalisten Urs Wiedmer als neuen Kommunikationschef im Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport verpflichtet. Wiedmer ist einem grösseren Publikum aus der SRF-Sendung «Arena» bekannt, die er von 2011 bis 2014 moderierte. Er tritt die Nachfolge von Peter Minder an, der Ueli Maurer ins Finanzdepartement folgt.

Schweizer Armee mustert Saurer-Lastwagen aus

(sda) · Die rund 30-jährigen Saurer-Lastwagen der Armee haben ausgedient: Die Armee mustert die Fahrzeuge des Typs 6DM bis Mitte 2016 aus, jene des Typs 10DM bis voraussichtlich 2018.

«Sie hängen nicht mehr am Rockzipfel des Kantons»

Fünf Jahre nach der grossen Fusion stehen die Glarner Gemeinden gestärkt da

Seit dem 1. Januar 2011 zählt der Kanton Glarus nur noch drei Gemeinden. Die ambitionierte Strukturreform, besiegelt durch die Landsgemeinde, hat sich im Wesentlichen bewährt. Künftig dürften die Gemeinden noch mehr gestalten statt verwalten.

JÖRG KRUMMENACHER, GLARUS

Es war die Kraft der Landsgemeinde, die das tiefgreifendste Fusionsprojekt der Schweiz ermöglichte. Zu Jahresbeginn 2011 wurden aus 25 Orts-, 18 Schul- und 16 Fürsorgegemeinden sowie 9 Tagwen, wie die Gemeinden der ansässigen Ortsbürger hiessen, die drei neuen Einheitsgemeinden Glarus Nord, Glarus und Glarus Süd. Diese entsprechen den gewachsenen Regionen Unterland, Mittelland und Hinterland. 2006 war die radikale Gemeindereform beschlossen und im November 2007 an einer ausserordentlichen Landsgemeinde bestätigt worden. In flottem Tempo wurde das Fusionsprojekt sodann innerhalb von gut drei Jahren umgesetzt.

Mehr eingespart als erwartet

Fünf Jahre und einige Feinjustierungen später fällt die Bilanz weitgehend positiv aus. Regierungsrätin Marianne Lienhard, Vorsteherin des für die Gemeinden zuständigen Departements für Volkswirtschaft und Inneres, mag sich den Kanton ohne die Gemeindefusionen schon gar nicht mehr vorstellen. «Die Vorteile überwiegen», sagt sie. Das trifft insbesondere auf die Finanzen zu. Im Jahr 2010 bezifferte die damalige

Regierungsrätin Marianne Dürst das Spar- und Synergiepotenzial der Fusion mit 6 Millionen Franken. Tatsächlich dürften die Einsparungen sogar höher sein. Die Steuern konnten in allen drei Gemeinden auf einen Satz von 63 Prozent gesenkt und die entsprechenden Einnahmehäufungen von rund 10 Millionen Franken aufgefangen werden, ebenso wie die neu in den Gemeinden anfallenden Pflegekosten von rund 7 Millionen Franken.

Obwohl Glarus Süd aufgrund seiner Lage deutlich schlechtere Voraussetzungen hat als Glarus Nord, besteht zwischen den Gemeinden gemäss Lienhard kein grosses finanzielles Ungleichgewicht. Um gleiche Startbedingungen zu gewähren, hat der Kanton den Gemeinden in einer ersten Tranche 12 Millionen und in einer zweiten Tranche 7 Millionen Franken ausbezahlt. Etwas gar zurückhaltend verhalten sich die drei Gemeinden bis anhin allerdings bei den Investitionen: 2014 betrug diese netto nur 13,4 Millionen Franken, deutlich weniger als vor der Strukturreform. Hier gibt es Luft nach oben. Marianne Lienhard spürt indes einen Mentalitätswandel: «Früher waren die Gemeinden mehr Verwalter. Jetzt wird die Möglichkeit zu gestalten stärker genutzt. Das wird noch zunehmen.»

Einflussreichere Gemeinden

Verändert hat sich das Kräfteverhältnis: Die drei grossen Gemeinden können gegenüber dem Kanton stärker auftreten als die knapp 70 Kleingemeinden vor der Fusion. Ihre Verwaltungen arbeiten professioneller und selbstbestimmter, wie auch Urs Kundert, Leiter der Glarner Fachstelle für Ge-

meindefragen, feststellt: «Die Gemeinden sind autonomer geworden und hängen nicht mehr am Rockzipfel des Kantons.»

Als negativ lässt sich ein Verlust an Autonomie und an Identität in den alten Gemeinden anführen. Glarus Nord musste zudem die Erfahrung machen, dass ein Mit- und Nebeneinander von Gemeindeparlament und Gemeindeversammlung (zu) kompliziert ist: Letzten Sommer hat die Gemeindeversammlung das Parlament nach drei Jahren prompt wieder aufgelöst.

Fusions-Check

Eine definitive Bilanz der radikalen Reform lässt sich fünf Jahre nach der Geburt der neuen Gemeinden selbstredend nicht ziehen. Um die Befindlichkeit besser zu fühlen, beteiligt sich Glarus an einem Forschungsprojekt der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) in Chur – ebenso wie die Kantone Zürich, Aargau, Bern und Graubünden. Die HTW hat ein Instrument zur Erfolgsmessung von Gemeindefusionen auf der Basis von 47 Indikatoren entwickelt. Für Glarus werden erste Resultate dieses Fusions-Checks im Januar vorliegen.

Unabhängig davon steht die Neugestaltung des innerkantonalen Finanzausgleichs an, wobei vor allem die Frage zu beantworten ist, wie das gegen Abwanderung kämpfende Glarus Süd gestützt werden kann. Ein Wirksamkeitsbericht über den Finanzausgleich, der bereits vorliegen sollte, musste auf den Spätsommer 2016 verschoben werden. Nicht alles lässt sich im kleinen Kanton Glarus mit seinen beschränkten Ressourcen im Rekordtempo durchziehen.

Lausanne und seine Bettler – eine Hassliebe

Die Roma sind ein politisches Dauerthema, wecken aber auch künstlerische Neugierde

Innerhalb weniger Jahre haben rumänische Bettler das Zentrum von Lausanne erobert. Die Stadt stört sich an ihrer Präsenz, gleichzeitig hat sie die Roma aber fast schon adoptiert.

ANDREA KUCERA, LAUSANNE

Sie sind so zahlreich, dass sie inzwischen zum Stadtbild von Lausanne gehören. Fast an jeder Kreuzung oder Unterführung hockt einer von ihnen am Boden und bittet die Passanten um ein Almosen – in der Festtagszeit herrscht für die Bettler Hochkonjunktur. 30 bis 40 von ihnen bewegen sich mit ihren Pappbechern laut Schätzungen der Polizei tagsüber in den Strassen von Lausanne; nach Feierabend, wenn die Leute ihre Einkäufe tätigen, wächst ihre Zahl auf über 150 an. Die grosse Mehrheit unter ihnen sind rumänische Roma; viele kommen gar aus dem gleichen Dorf im Departement Alba in Siebenbürgen und pendeln seit Jahren zwischen Rumänien und der Schweiz hin und her.

Toleranz mit Grenzen

Die Bevölkerung von Lausanne pflegt ein zwiespältiges Verhältnis zu den ungebeten Gästen, die seit der Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der EU auf Rumänien im Jahr 2009 nach Westen strömen. Viele wünschen die Roma zum Teufel, und wiederholt wurden Initiativen lanciert mit dem Ziel, das Betteln zu verbieten – bis anhin ohne Erfolg. Lau-

sanne ist eine der letzten Städte der Schweiz, in denen das Betteln toleriert wird, sofern sich die betreffende Person an gewisse Regeln hält: Sie muss unter anderem einen Abstand von mindestens fünf Metern zu Ladeneingängen, Bankautomaten, Restauranttüren und Kinos einhalten. Sie darf nicht aktiv nach Geld fragen, keine Minderjährigen bei sich haben und nicht in öffentlichen Verkehrsmitteln betteln. Dieses Reglement gilt seit Mitte 2013 und wird laut Auskunft des Roma-Beauftragten der Polizei mehrheitlich eingehalten.

Den Bettlern ein Gesicht geben

Zwiespältig ist das Verhältnis deshalb, weil die Präsenz der bettelnden Roma nicht nur auf Ablehnung stösst, sondern gleichzeitig Neugierde weckt. Über 7000 Personen besuchten im Frühling die von der Stadt Lausanne mitfinanzierte Ausstellung des Fotografen Yves Leresche, der mit der Kamera den Alltag von Roma-Familien sowohl auf den Strassen der Waadtländer Hauptstadt wie daheim in Rumänien nachzeichnete.

So sieht man etwa auf einem Bild die 49-jährige Minerva mit Pappbecher auf der Place St-François in Lausanne und auf dem nächsten Bild die gleiche Frau mit ihrer Enkeltochter auf dem Arm in ihrer Heimat in Siebenbürgen. Er wolle diesen für die Passanten in Lausanne anonymen Gestalten eine Identität geben und Stereotype widerlegen, erklärt Leresche. Zum Beispiel halte sich die Vorstellung hartnäckig, dass die Bettler in Gangs organisiert seien und ein Boss am Ende des Tages alles Geld einstreiche. Das sei Humbug.

Der Lausanner Fotograf ist nicht der einzige Künstler, der Arbeiten zu den Lausanner Roma veröffentlicht hat. Vor Weihnachten feierte der Dokumentarfilm «Cici» von Yann Bétant Premiere. Der Regisseur erzählt darin die Lebensgeschichte eines Roma, der in den Strassen von Lausanne mit einer lebensgrossen Marionette mit Schnabel auftritt, den er auf- und zuklappen kann. Weil die Verkleidung zu viel Lärm macht, wird Cici die Autorisierung entzogen. Man sieht, wie der Mann die Beamten mit seiner neuen, schnabellosen Marionette zu überzeugen versucht, wie er im Wald sein Nachtlager aufschlägt und auf dem Flohmarkt eine Matratze ersteht. Und vom Regisseur erfährt man auf Anfrage, dass Cici inzwischen dazu übergegangen ist, auf herkömmliche Art und Weise zu betteln, weil er mit den Behörden nicht einig geworden sei.

2016 wird erneut abgestimmt

Die bettelnden Roma von Lausanne sind ein politisches Dauerthema; über ihre Präsenz in den Strassen wird in der Bevölkerung kontrovers diskutiert. Über die Festtage sind die meisten nach Hause gereist – zwischen Weihnachten und Neujahr bleiben diejenigen zurück, die zu wenig Geld für die Rückreise erbetelt haben. Nachdem das Jahr 2015 im Zeichen der künstlerischen Auseinandersetzung mit dem Phänomen gestanden ist, bahnt sich für 2016 die nächste politische Auseinandersetzung an: Voraussichtlich im Sommer 2016 gelangt die Initiative der SVP Waadt zur Abstimmung, die ein allgemeines Bettelverbot im ganzen Kanton verlangt.

HERAUSGEGRIFFEN Leuenbergers Detailkritik

René Zeller · Es ist ein wiederkehrendes Dilemma. Was sollen Bundesräte machen, wenn sie nicht mehr Bundesräte sind? Es gilt als unschicklich, wenn gewesene Magistraten ihre Nachfolger kritisieren. Doch nicht alle Landesväter und Landesmütter halten dem Kollegialitätsprinzip die Treue. Otto Stich schlüpfte nach seiner Demission in die Rolle eines achten Bundesrats. Christoph Blocher liess nach seiner Abwahl keine Gelegenheit aus, der Regierung eins zu verpassen. Und jetzt reiht sich auch Moritz Leuenberger in den Kreis der «illoyalen» Altbundesräte ein.

Der einstige Verkehrsminister legt in einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger» dar, dass am Gotthard einiges verkehrt laufe. Als Gegner einer zweiten Strassentunnelröhre konstatiert Leuenberger: «Die Vorlage ist verfassungswidrig.» Der Alpenschutzartikel werde ad absurdum geführt, wenn dereinst zwei zweispurige Röhren existierten, die man angebracht nur einspurig betreiben wolle. «Dabei glaubt kein Mensch, dass das eingehalten wird.»

Das ist unverblümter Klartext aus dem Munde des Schöngelbes. Und Moritz Leuenberger doppelt nach. Auf die Frage, ob er es für denkbar halte, dass der Bundesrat per Verordnung alle vier Spuren freigeben und so ein Referendum umkurven könnte, sagt er: «Das könnte ich mir gut vorstellen.»

Ein solches Misstrauensvotum gegenüber dem Bundesrat dürfte speziell Doris Leuthard ärgern, die seit Leuenbergers Rücktritt die Verkehrspolitik steuert. Im Wissen darum tritt der Angreifer aufs Bremspedal: «Ich unterschreibe niemandem etwas. Sicher meinen alle ehrlich, was sie sagen», flötet der Altbundesrat. Und weiter: Er, der den zweiten Strassentunnel am Gotthard als verfassungswidrig taxiert, möchte den unter Leuthard vollzogenen Sinneswandel «mit keinem Wort beklagen». Die Frage der zweiten Röhre werde nun eben anders beurteilt als zu seiner Amtszeit; «doch das ist ein Detail».

Das ist rhetorisches Geflunker. Natürlich ist es kein Detail, ob am Gotthard ein weiteres Loch gebohrt wird oder nicht. Doris Leuthard weiss, dass ihr Vorgänger die wunden Stellen der Vorlage punktgenau trifft, auch wenn er besser schweigen würde. Leuenberger seinerseits weiss, dass er recht hat, aber als ehemaliger Bundesrat nicht allzu rechthaberisch argumentieren darf.

Die politischen Benimmregeln sind hierzulande ganz schön kompliziert.

Bankunterlagen zur Fifa-Affäre

Rechtshilfe für die USA

bpp. · Das Bundesamt für Justiz (BJ) hat den US-Behörden am Mittwoch erste Bankdokumente in der Fifa-Korruptionsaffäre ausgehändigt. Mit der Übergabe der Bankunterlagen kam das BJ Rechtshilfesuchen der US-Justiz nach. Es geht um Bankkonten, über die Schmiegelder für die Vergabe von Vermarktungsrechten im Zusammenhang mit Fussballturnieren in Lateinamerika und in den USA geflossen sein sollen. Die Rechtshilfe wurde möglich, weil die Kontoinhaber die Rekursfrist von 30 Tagen ungenutzt haben verstreichen lassen. Die Prüfung weiterer Unterlagen von rund 50 Konten auf 10 verschiedenen Banken in der Schweiz ist noch im Gange.

Das Bundesamt für Justiz gab gleichzeitig bekannt, dass gestützt auf die Rechtshilfesuche der USA rund 80 Millionen Dollar auf 13 Bankkonten gesperrt wurden. Diese Gelder bleiben bis zum Abschluss des Rechtshilfeverfahrens blockiert. In einem weiteren Schritt können die US-Behörden gestützt auf einen rechtskräftigen Einziehungsentcheid eines US-Gerichts um die Herausgabe dieser Gelder ersuchen.